

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Petitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörn, Bretnia, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedebors, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Nummer 54

Sonnabend, den 3. März 1928

80. Jahrgang

Amstlicher Teil.

Im Monat März 1928 werden folgende Steuern fällig:

- am 5. ds. Mts.: **Aufwertungssteuer.** Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die Beträge zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung alsbald an unsere Stadtsteuerkasse abzuführen. Schriftliche Mahnung erfolgt nicht. Vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich;
 - am 15. ds. Mts.: **Gewerbesteuer 4. Term. 1927** sowie die erhöhte gemeindliche Zuschlagsteuer. Steuerbescheide sind vorzulegen.
 - am 15. ds. Mts.: **Erhöhte gemeindliche Zuschlagsteuer zur Grundsteuer.** Die im Februar zugestellten Zuschlagsteuerbescheide sind vorzulegen.
- Das Mahnverfahren für die beiden letztgenannten Steuerarten beginnt am 26. ds. Mts. Pulsnitz, am 1. März 1928. Der Stadtrat.

In Elstra finden statt:
Sonntag, den 11. März 1928 und Montag, den 12. März 1928 **Okuli-Krammarkt**
Montag, den 12. März 1928 **Okuli-Großviehmarkt**
Buden werden nur auf vorherige Anmeldung gestellt. Der Stadtrat zu Elstra.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Reichswehrminister Groener gab eine Erklärung zum Phobus-Standal ab. Die Eidesabnahme soll eingeschränkt werden.
Im Reichstag wurde gestern das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsernährungsminister, sowie der Antrag auf Streichung des Ministergehalts gegen die Stimmen der Antragsteller und Sozialdemokraten abgelehnt.
Die Hamburger Bürgererschaft wählte gestern zu ihrem Präsidenten den Sozialdemokraten Lauterbach und zum Vizepräsidenten den Kommunisten Gumbel und den Volksparteilern Johann Pirich.
Die amerikanische Botschaft hat der deutschen Regierung von einem Schreiben der amerikanischen Luftfahrt-Verwaltung Kenntnis gegeben, wonach für den Fall, daß der im Bau befindliche deutsche Zepplin Amerika zu besuchen beabsichtigt, das Luftschiff die Einrichtungen des amerikanischen Luftfahrtamtes benützen dürfen.
Ueber der Insel Grain (Grasshaff Kent) stürzte gestern ein Militärflugzeug aus 70 Meter Höhe ab. Die drei Insassen wurden getötet.
Die aus Minatola (Mexiko) gemeldet wird, wurde der dort ansässige deutsche Hotelbesitzer Julius Schelling von einem Unbekannten überfallen und niedergeschossen. Noch kurz vor seinem Tode konnte der Überfallene seinem Mörder den Revolver entreißen und ihn erschließen.
Nach Meldungen aus Lissabon ist die Polizei in Oporto einem größeren Waffenlager auf die Spur gekommen. Zahlreiche Bomben und Kriegsmaterial wurden beschlagnahmt.
Die Los Angeles überflog gestern mittag auf ihrem Heimflug Charleston in Südkarolina.

Der Streit um das Panzerschiff

Der Reichswehrminister über den Wert der Marinestreitkräfte

Industrie und Landwirtschaft — Der Zepplinbau gesichert — Attentat im Reichsentzündungsamt
Das deutsche Handwerk fähigt sich zurückgesetzt

Im Haushaltsausschuß des Reichstages ging bei der Beratung des Marineetat's Reichswehrminister Dr. Groener ausführlich auf den militärischen Wert der Marinestreitkräfte ein. Das Kernstück im Etat bilde das Panzerschiff A, das als erster Ersatz der veralteten Linienfahrzeuge angefordert sei. Die leichteren Seestreitkräfte brauchten einen Rückhalt an Kampfschiffen. Sonst würde die Seekriegführung nichts anderes als eine Flucht in die schützenden Häfen sein. Unsere Flotte müsse unsere Küsten schützen und die lebenswichtigen Verbindungen über die Ostsee aufrechterhalten. Sie müsse die Ostseehäfen offenhalten. Die Flotte habe auch den Zweck, unsere Neutralität zu sichern. Diese Frage würde vielfach unterschätzt. Wir dürfen uns nicht der Billigkeit Fremder ohne weiteres preisgeben. Die Landkräfte allein könnten die Aufgabe des Schutzes Ostpreußens nicht übernehmen.

Die Stellungnahme der Parteien.

In der Debatte widersprachen der Sozialdemokrat Eggstedt und der Demokrat Dr. Haas dem Reichswehrminister. Der Sozialdemokrat Rander begründete die Ablehnung vor allem mit den entstehenden Kosten. Dr. Haas meinte, wenn ein polnischer Angriff käme, müßten wir den Korridor zu Land überrennen, sonst würde Ostpreußen verloren sein. Deshalb trete er für eine Stärkung des Landheeres ein. Der Volksparteilere Brüninghaus fragte den Vordredner, warum denn Polen den Kriegshafen Gdingen zum Konkurrenzhafen von Kiel mit allen Mitteln ausbaue.

Ministerialdirektor Dr. Dreht begründete den Beschluß des Reichstages.

den Neubau des Panzerschiffs zu streichen. Es seien dafür mehr finanzielle als militärische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Der Reichstag habe die Absehung für notwendig gehalten, weil im nächsten Jahre mindestens 30 Millionen bewilligt werden müßten. Hauptaufgabe unserer Finanzpolitik sei die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts des Haushalts. Es sei nicht ersichtlich, wie man im nächsten Haushalt ein Defizit von mehreren hundert Millionen verhindern könne. Man solle also die Frage des Panzerschiffbauprogramms später entscheiden.

Für das Zentrum erklärte Dr. Wegmann die Zustimmung zum Bau des Panzerschiffs. Die sozialdemokratische Ablehnung erscheine merkwürdig angesichts der Tatsache, daß die Linke auch die kleinen Kreuzer abgelehnt habe. Deutschland müsse auf alle Eventualitäten gerüstet sein.

Der deutschnationale Abgeordnete Trevisanus hob hervor, daß Frankreich sein Marinebudget von 1927 auf 1928 um 73% Prozent erhöhte, während wir in Deutschland in derselben Zeit um 13 Prozent heruntergegangen seien. Allzuviel Rücksichtnahme auf ausländische Polemiken sei nicht angebracht. Abg. Redermeyer (Komm.) setzt auseinander, daß der Gesichtswert der Schiffe im Verhältnis zu ihrem Displacement stehe. Ein zehntausend-Displacement sei viel zu niedrig, um damit etwa den Schutz des Ostens, der für den Bau angeführt werde, bewältigen zu können. Komme es zum Krieg mit Polen, so werde übrigens Frankreich mit seiner Marine sofort zur Hilfe da sein. Den Zweck dieses Neubaus könne er also nicht einsehen. Abg. Hülich (Soz.) betont gleichfalls, daß dieses Panzerschiff nur ein verbesserter Kreuzer sei; weil er nur ein bescheidenes Kampfmittel sei, sei auch seine Herstellung nicht so eilig. Abg. Frhr. v. Nitzthofen (Dem.) erneuert den Widerspruch gegen den Bau dieses Panzerschiffs; der Bau bedeute keine Stärkung und sei außerdem politisch gefährlich.

Industrie und Landwirtschaft

Berlin, 3. März. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in seiner letzten Präsidial Sitzung die Notlage der Landwirtschaft einer eingehenden Besprechung unterzogen. In einer Erklärung billigt der Reichsverband die vom Landwirtschaftsrat in seiner Entschließung vom 23. Februar und von der Reichsregierung in ihrem Notprogramm aufgestellten Vorschläge. Bei alledem müßten aber die Notwendigkeiten der deutschen Gesamtwirtschaft mehr denn je berücksichtigt werden. Deshalb sei die Verfolgung einseitiger Ziele, wie z. B. eine grundlegende Aenderung unserer Handelspolitik unbedingt abzulehnen. Die Notlage sei in erster Linie verursacht durch die gesamte Wirtschaft, Sozial- und Steuerpolitik der letzten Jahre. Werde die Steuer- und Sozialpolitik der Nachkriegszeit fortgesetzt, so würden nicht nur alle Selbsthilfe- und alle Regierungsmaßnahmen keine nachhaltige Besserung der Lage der Landwirtschaft bringen, sondern es würden auch die Existenz und die Entwicklungsmöglichkeiten der Industrie auf das schwerste gefährdet.

Der Zepplinbau gesichert

Aber noch keine Mittel für die Probefahrten
Berlin, 3. März. Im Ausschuß des Reichstages ist, wie bereits gemeldet, der vom Reichsverkehrsminister eingesezte Posten zur Vollenbung des Zepplin-Luftschiffes gestrichen, jedoch dem Minister aufgegeben worden, den Zepplinwerken 700 000 Mark aus dem Dispositionsfond zur Verfügung zu stellen. Diese Tatsache hat in Friedrichshafen Befriedigung hervorgerufen, da mit dieser Summe wenigstens die Fertigstellung des Luftschiffes einigermaßen gesichert worden ist, die bisher stark bedroht erschienen, da man das Werk nicht mit dem bereits angebotenen Auslandsgeld fertigstellen wollte. Die notwendigen Probefahrten sind aber auch jetzt finanziell noch nicht gesichert. Der Reichsverkehrsminister hatte dem Werk 1,2 Millionen zugesagt, was man hofft, daß es möglich sein wird, diese Summe auch zu erhalten. England hat bereits angekündigt, daß im Frühjahr drei seiner Großluftschiffe für den Dienst auf dem Nordatlantik eingestellt werden sollen und Deutschland würde hierdurch ins Hintertreffen geraten. In Friedrichshafen beginnt man jetzt mit dem Einbau der Motoren und Mitte Mai werden alle Maschinen eingebaut sein, sodas wahrscheinlich schon am 20. Mai die erste Probefahrt stattfindet. Mitte Juni soll dann der erste Ozeanflug nach Nordamerika stattfinden, wobei man wahrscheinlich wieder in Lakehurst landen wird. Augenblicklich schweben noch Erörterungen, im Anschluß daran nach Südamerika zu fliegen und von Argentinien aus den Rückweg nach Friedrichshafen anzutreten.

Attentat im Reichsentzündungsamt.

Geheimrat Bag verletzt — Der Täter festgenommen.

Berlin. Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich am Freitag nachmittag im Gebäude des Reichsentzündungsamtes für Kriegsschäden in Berlin-Friedenau ab. Ein Mann in mittleren Jahren feuerte auf den Säubhion Porträt

Berthige und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Violin-Abend.) Am Violin-Abend Georg Wondruscha am Sonntag abend im Schützenhause wirken zwei Künstlerinnen mit, die unserer Stadt unbekannt sind. Fräulein Grete Schurig-Großhörn, eine der bestfahigsten Pianistinnen des Dresdener Konservatoriums, spielte zu Konzerten in Dresden, Zürich, Aue, Ramenz. Die Kritiken loben neben einer brillierten völlig einwandfreien Technik temperamentvollen Vortrag. Chopin und Liszt scheinen ihr besonders gut zu liegen. Fräulein Lotte Kiehl-Baughen singt Lieder von Strauß, Wolf, Brahms. Die lyrischen Lieder sollen ihr besonders gut liegen. Alle Künstler mit ihrem Ruf garantieren an dem Violin-Abend einen besonderen musikalischen Genuß.

Pulsnitz. (Der ärztliche Sonntagsdienst) wird am Sonntag, den 4. März 1928 von Herrn Dr. med. Markowsky versehen.

Pulsnitz. (Im Volkshilfungsabend) am nächsten Montag spricht Herr Dr. Mochauer über Tolstoi, den religiösen Menschen.

(Geschäftssteno-graphenprüfung bei der Handelskammer zu Zittau.) Das Prüfungsamt der Geschäftssteno-graphenprüfung Sonntag, den 25. März 1928 stattfindet. Anmeldungen zu dieser Prüfung müssen bis spätestens 17. März 1928 bei dem Prüfungsamt eingereicht sein.

(Fernsprechan-schlüsse der Gemeinde-verwaltungen.) Der Sächsische Gemeindegat teilt uns mit: Die Eintragung der Fernsprechan-schlüsse der Stadt- und Landgemeindegewaltungen im amtlichen Fernsprechbuch unter den verschiedenen Bezeichnungen wie: Gemeinde, Rathaus, Rat der Kreisstadt, Stadtverwaltung, Bürgermeisterei usw. hat zu berechtigten Beschwerden von Seiten der Benutzer der amtlichen Fernsprechbücher und zu einer starken Belastung der Fernsprechan-schlüsse durch Rückfragen des Publikums geführt. Der Sächsische Gemeindegat hat daher beim Ministerium des Innern angeregt, eine einheitliche Regelung